

Selbstkritik ist eine seltene Tugend

Nahostexperte Michael Lüders über die wachsende Terrorgefahr, den Syrien-Krieg, Europa und die USA



Seit Jahren warnt Michael Lüders, Jg. 1959, vor fataler Geopolitik und militärischen Interventionen zwecks Regime Change. Die Mahnungen des Islamwissenschaftlers und Präsidenten der Deutsch-Arabischen Gesellschaft scheinen sich gerade dieser Tage wieder einmal tragisch zu bestätigen. Mit dem Publizisten, dessen jüngstes Buch »Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte« (dtv, 172 S., br., 14,95 €) erneut auf den Bestsellerlisten steht, sprach Karlen Vesper.

Foto: imago/Jürgen Heinrich

In Ihrem neuen Buch konstatieren Sie mehrere Verlierer der vom Westen befeuerten Konflikte im Nahen und Mittleren Osten – vor allem das syrische Volk, aber auch Europa sowie Katar, die Türkei, Saudi-Arabien. Das grenzt an Prophetie, angesichts der sich abzeichnenden internationalen Isolierung Katars. Aber Saudi-Arabien? Das Königreich geriert sich gerade als Global Player, führt Krieg in Jemen.

Die politische Führung in Saudi-Arabien war strategisch längst nicht so weitblickend wie die in Iran. Das stelle ich völlig wertfrei fest. Das begann schon mit dem Sturz von Saddam Hussein. Was geschah in Irak? Die Schiiten, die Bevölkerungsmehrheit hat die Macht übernommen und es gibt heute sehr gute Beziehungen zwischen Teheran und Bagdad. Das ist nicht im Sinne von Washington und Riad. Iran hat die Ernte einer sehr kurzfristigen Politik der USA, die durch eine militärische Intervention erzwungenen Regime Change, eingefahren.

Dann hat Saudi-Arabien massiv versucht, mit der Türkei und dem Westen den Sturz von Assad zu betreiben – bislang ohne Erfolg. Und gleichzeitig hat man, mit Rückendeckung der USA und Großbritanniens und unter Begehung von Kriegsverbrechen, Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser, einen völlig sinnlosen Krieg in Jemen entfesselt – angeblich, um dort die Iraner zu vertreiben. Ein Popanz. Saudi-Arabien hat den Wettstreit mit Iran verloren. Teheran hat durch seine Politik des Abwartens und der Parteinahme für Assad eigenen geopolitischen Interessen Genüge getan, während Saudi-Arabien Hunderte von Milliarden Dollar ausgegeben hat – für nichts.

Ankara verkalkulierte sich auch?

Recep Tayyip Erdogan wollte erst einen Regimewechsel in Damaskus und dort ein Klientelregime installieren. Dann vollzog er plötzlich, im letzten Sommer, einen Kurswechsel. Er besteht jetzt nicht mehr auf den Rücktritt von Assad und nähert sich Russland an. Das wird natürlich seitens der NATO ungern gesehen. Aber die Konstellationen von heute können morgen schon wieder andere sein. Und gerade deswegen ist auch ein Ende dieses Konfliktes nicht abzusehen. Es gibt einfach zu viele Akteure, die im Hintergrund an zu vielen Strippen ziehen.

»Die den Sturm ernten« titelten Sie Ihr Buch und meinen vor allem Europa, »allen voran die Deutschen«, die jetzt für die verfehlte US-amerikanische Nahostpolitik den Preis zahlen: Flüchtlingsströme und tendenziell zunehmender Terror.

Die USA nehmen keine Flüchtlinge auf, die Terrorgefahr ist in Europa sehr viel größer als in den USA. Vor allem aber sind die Interessen Europas im Nahen Osten zum Teil ganz andere als die der USA. Es gäbe also viele Gründe für die Europäer zu sagen: »Moment mal, wir überdenken die Politik des Regime Changes.« Aufgrund der sehr rüden Politik des US-Präsidenten Donald Trump gibt es nun zwar zunehmend Politiker in europäischen Hauptstädten, die nachdenklicher werden. Aber es gibt bislang wenig Bereitschaft, ernsthaft über die Grundlagen einer sinnhaften Politik gegenüber außerwestlichen Kulturen zu diskutieren.

Im Falle der US-Invasion in Irak war nachweislich die Gier nach Erdöl Triebfeder. Die Syrien-Krise begann de facto – wie ich Ihrem Buch

entnehme – mit einem Gaspipelineprojekt von Katar, ein Jahrzehnt vor dem syrischen Aufstand 2011.

Diese Pipeline, die von Katar durch Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien bis in die Türkei verlaufen sollte, spielt eine wichtige Rolle. Wäre diese Gaspipeline gebaut worden, hätte sie den Preis für russisches Erdgas deutlich gedrückt. Das syrische Regime hat den Bau der Pipeline endgültig 2009 abgelehnt, was nicht zur Begeisterung in westlichen Hauptstädten über Assad beitrug. Die gescheiterte Pipeline ist aber nur ein Steinchen im komplexen geopolitischen Puzzle. Der wichtigste ist die enge, historisch tradierte Allianz Syriens mit Iran und Russland.

Nun lehrt die Geschichte, dass sich militärische Einmischung von außen – siehe Vietnam – immer als Bumerang auswirkt. Warum weiß man das in Washington nicht? Warum hört man nicht auf Diplomaten?

Das ist eine sehr berechtigte Frage, die schwer zu beantworten ist. Rational betrachtet müsste man meinen, dass sich die verantwortlichen Politiker und Militärs in Washington, in London, in Brüssel oder anderswo sorgfältig informieren oder informieren lassen. Sie müssten wissen, dass der Versuch, einen militärischen Regimewechsel zur Verbesserung einer Situation herbeizuführen, noch nie funktioniert hat, zumindest nicht dauerhaft. Und sich im Gegenteil die Situation stets ins Dramatische verschlechterte – und nicht nur auf die jeweilige Region, sondern auch auf das eigene Land auswirkte. Offenbar fällt es politischen Akteuren schwer, ihre möglicherweise doch sehr stark ideologisch geprägte Wahrnehmung der Verhältnisse in anderen Kulturen und bei anderen Völkern auf deren Realitätsgehalt zu prüfen. Zudem ist Selbstkritik eine Tugend, die in der Politik die Ausnahme bildet.

Laut russischen Nachrichten gab es wieder erfolgreiche Luftangriffe gegen IS-Terroristen. Damaskus soll fast völlig unter Assads Kontrolle sein. Endet der Syrien-Krieg jetzt? Grundsätzlich steht der Islamische Staat militärisch mit dem Rücken zur Wand. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Westteil Mossuls in Irak vom Islamischen Staat befreit ist. Und auch Rakka, die Hauptstadt des IS im Osten Syriens, wird über kurz oder lang fallen. Aber die Gründe für das Erstarken des Islamischen Staates und anderer dschihadistischer Bewegungen sind nach wie vor gegeben.

Und diese Gründe sind?

Unter anderem der Staatszerfall im Irak nach dem gewaltsamen Regimewechsel 2003. Hinzu kommt, dass der Krieg in Syrien viele Facetten hat. Es handelt sich sowohl um einen Bürgerkrieg wie auch um einen von den westlichen Staaten, Saudi-Arabien, den Golfstaaten und – bis vor kurzem – auch von der Türkei angestrebten Regimewechsel in Damaskus, den allerdings Russland, Iran und indirekt auch China zu verhindern suchen. Wir haben es in Syrien auch mit einem Stellvertreterkrieg zu tun.

Der Islamische Staat wird zwar in die Defensive gedrängt, wahrscheinlich in den Untergrund abtauchen, er ist aber militärisch nicht zu besiegen. Weil man Guerillaorganisationen nicht regulär besiegen kann. Außerdem gibt es noch viele andere dschihadistische Gruppierungen. Das Chaos in der Region bleibt bestehen.

Sie sprechen von einem Dreißigjährigen Krieg, den die gesamte



Foto: AFP/Ahmad al-Rubaye

arabische Welt durchleidet. Was berechtigt zu diesem Pessimismus?

Die Situation unterscheidet sich natürlich von Land zu Land. Aber in Ländern wie Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und Jemen, wo die staatlichen Strukturen instabil oder zerfallen sind, vor allem als Ergebnis eines von außen herbeigeführten Regime Change, wird auf absehbare Zeit Anarchie herrschen. Zugleich finden in diesen Ländern Transformationsprozesse statt. Die alten Regime, die mehr oder weniger Familiendynastien waren, haben sich historisch überlebt. Es zeichnet sich aber nichts Neues ab, was an deren Stelle treten könnte. Die bürgerlichen Mittelschichten sind zu schwach, um eine Revolution herbeizuführen. Insoweit werden jene Länder weiter unter Instabilität und Gewalt leiden, zumal die inneren Konflikte maßgeblich von außen befeuert werden. Und es nicht an Waffen in dieser Region mangelt. Trump hat gerade Waffen an Saudi-Arabien im Wert von 110 Milliarden Dollar verkauft. Deshalb gibt es leider zunächst einmal keinen Grund, optimistisch zu sein.

Alle von Ihnen zitierten Quellen sind für interessierte Zeitgenossen zugänglich, und dennoch sind Sie ein einsame Rufer. Wie kommt das?

Das wundert mich auch. Man müsste eigentlich denken, dass zum Beispiel die Enthüllungen, die Wikileaks über die Hintergründe der Gewalt in Syrien und des von den USA angeführten militärischen Engagements zum Sturz des Regimes von Baschar al-Assad auf große Resonanz und nicht zuletzt auf Empörung stoßen. Das ist aber nicht der Fall. Eine wirkliche kritische Auseinandersetzung, sich mit den Grundlagen einer nicht immer konstruktiven westlichen Politik auseinanderzusetzen, scheint nicht gegeben zu sein. Selbst bei den Medien vermisst man vielfach die Bereitschaft dazu.

Im Wahlkampf versprach Trump, die USA aus Kriegen fernab herauszuhalten und vom Konfrontationskurs mit Russland abzuweichen. Doch dann erfolgte der sogenannte Vergeltungsschlag auf einen Luftwaffenstützpunkt der regulären syrischen Armee. Wurde Trump zu diesem Schwenk gezwungen?

Darüber kann man zum jetzigen Zeitpunkt nur spekulieren. Es gibt wohl in Washington rivalisierende Machtzentren, deren Einschätzungen hinsichtlich des Umgangs mit Russland und mit der Krise in Syrien stark divergieren. Interessant war, dass während der Präsidentschaft von Barack Obama das State Department, also das Außenministerium, zu den Hardlinern gehörte. John Kerry und auch seine Vorgängerin Hillary Clinton gehörten zu den maßgeblichen Befürwortern einer militärischen Intervention in Syrien. Es war das Pentagon, das davor gewarnt hat: »Das wird zu gefährlich. Wir erklären damit Iran und Russland den Krieg. Das können wir nicht ernsthaft wollen.«

Für den Tomahawk-Angriff erntete Trump Beifall in Berlin.

Trump hat aus der Sicht Washingtons, Brüssels und Berlins in Syrien harte Kante gegenüber Russland gezeigt. Es ist diesmal gut gegangen. Die Russen sind offenbar auch gewarnt worden. Aber nehmen wir einmal an, es kommt zu einem erneuten Angriff und es kommen Russen dabei ums Leben, und sei es versehentlich, dann ist das Eskalationspotenzial enorm. Zumal Trump mit Erfolg die NATO dazu drängte, sich aktiv am Kampf gegen den Islamischen Staat zu beteiligen. Da ist natürlich nicht auszuschließen, dass es – und sei es ungewollt – früher oder später zu einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland kommt.

Die EU beschloss justement, die Sanktionen gegen Syrien bis zum

1. Juni 2018 zu verlängern, was letztendlich die Bevölkerung und weniger die herrschende Kaste trifft. In der Tat ein großes Problem. Wie in Irak nach der Invasion in Kuwait 1990 leidet in erster Linie auch in Syrien die Zivilbevölkerung unter den Boykottmaßnahmen. Was ein zusätzliches Motiv für viele Syrer ist, ihr Glück im Ausland zu suchen. Die Lebensbedingungen in Syrien werden immer schwieriger. Insofern ist die Sanktionspolitik zumindest fragwürdig. Es ist Symbolpolitik, denn im Grunde genommen dürften alle Beteiligten mittlerweile begriffen haben, dass das Regime von Baschar al-Assad militärisch nicht zu stürzen ist.

Der Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland auf syrischem Territorium ist erst einmal zu Ungunsten der USA und des Westens entschieden. Das wurde sinnfälligerweise mit der Rückeroberung Ost-Aleppos im Dezember vorigen Jahres. Der Angriff der USA im April auf eine Militärlagerung des Assad-Regimes ist eher ein kleiner Hinweis an die russische Seite: »Seid euch nicht so sicher.«

Eine Trotzreaktion, wie von einem kleinen bockigen Kind, das indes nur mit Spielzeug um sich wirft? Wenn Sie Weltpolitik bestimmen würden Sie geben, um das schier endlose Sterben und Leiden in der Region endlich zu beenden?

Es gibt keine einfachen Lösungen. Da sind schon zu viele Kinder in den Brunnen gefallen. Unbedingt erforderlich ist, dass Washington, Moskau und auch Peking einen Dialog auf Augenhöhe suchen und führen, Interessenssphären absprechen und sich gegenseitig zu respektieren lernen. So lange eine Konfliktpartei glaubt, die jeweils andere militärisch, politisch oder wie auch immer über den Tisch ziehen zu können, und sei es durch die Bewaffnung Dritter, so lange bleibt die Welt ein gefährlicher Ort.

Die Interessen Europas im Nahen Osten sind zum Teil ganz andere, als die der USA. Es gäbe also viele Gründe für die Europäer zu sagen:

»Moment mal, wir überdenken die Politik des Regime Changes.« Aber es gibt bislang wenig Bereitschaft, ernsthaft über die Grundlagen einer sinnhaften Politik gegenüber außerwestlichen Kulturen zu diskutieren.

Unbedingt erforderlich ist, dass Washington, Moskau und auch Peking einen Dialog auf Augenhöhe suchen und führen, Interessenssphären absprechen und sich gegenseitig zu respektieren lernen. So lange eine Konfliktpartei glaubt, die jeweils andere militärisch, politisch oder wie auch immer über den Tisch ziehen zu können, und sei es durch die Bewaffnung Dritter, so lange bleibt die Welt ein gefährlicher Ort.

Lesen Sie online: Das vollständige Interview unter dasND.de/MichaelLueders